

Bensurdebatten.

In der letzten Sitzung des deutschen Reichstages wurde wieder einmal bitter über die Handhabung der Kriegszensur geklagt. Die Debatte wird heute fortgesetzt werden, und sie dürfte wohl mit der Annahme einer Resolution schließen, die zuvor im Haushaltsausschuß zwischen den Konservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen vereinbart worden war. Ob diese Resolution, die eine Einschränkung der Zensur auf das „im Interesse strenger Kriegsführung unbedingt gebotene Maß“ verlangt, etwas nützen wird, mag dahingestellt bleiben. Aber es ist jedenfalls bezeichnend, daß selbst die gemäßigtesten Parteien des Reichstages rückhaltlos ihre Unzufriedenheit mit der herrschenden Zensurpraxis kundgeben. Ist es doch sogar vorgekommen — so steht es wörtlich in dem offiziell ausgegebenen Bericht über die Sitzung des Haushaltsausschusses vom 11. Mai zu lesen —, daß ein konservativer Redner „einen Teil der sozialdemokratischen Beschwerden für berechtigt erklärte“. Wenn bloß sozialdemokratische Redner im Ausschuß wie im Plenum als Beschwerdeführer aufzutreten wären, so würde sich niemand darüber wundern, denn radikale Parteien pflegen ja von Beschränkungen der Pressefreiheit stets am härtesten getroffen zu werden. Auffallend aber ist, daß eben auch die Konservativen des Reichstages sich mit größter Entschiedenheit gegen den Zensurdruck auflehnten. Man muß mit Hochachtung davon Kenntnis nehmen, denn es ist ein ehrenbes Zeugnis für die Reife des öffentlichen Geistes in Deutschland: daß ein Organ der äußersten Rechten wie die Kreuz-Zeitung auf die größere Freiheit der germanischen Auslandspresse hinweist und dem „Gefühl der Beschämung“ Ausdruck gibt „über die Fesseln, die

der freien Meinungsäußerung in Deutschland ohne triftige Gründe auferlegt werden“.

Ein Land, in dem selbst hochkonservative Kreise den Wert der Pressefreiheit so richtig einschätzen, hat in der Tat einen politischen Entwicklungsstand erreicht, der ein Uebermaß behördlicher Bevormundung als durchaus zwecklos und schädlich erscheinen läßt. Daran können auch die besonderen Verhältnisse der Kriegszeit nichts ändern. Ein konservativer Redner — man muß das immer wieder betonen — sprach im Reichstag von der „unheimlichen Ruhe eines dumpfen Druckes“. Es ist ein Glück für Deutschland, daß es wenigstens im Reichstag eine öffentliche Tribüne besitzt, von der aus das Publikum über das Walten der Zensur und dessen nachteilige Folgen aufgeklärt werden kann. Aber diese Aufklärung, wenn sie auch dem Zeitungspublikum gewisse Erscheinungen, die ihm sonst unverständlich bleiben müßten, verständlich macht, genügt doch keineswegs, um die dem Staatswohl abträglichen Wirkungen der Zensur zu hemmen oder aufzuheben. Die öffentliche Meinung ist eine Macht, deren die Staatslenker bedürfen, die ihnen auch im Kriege unentbehrlich ist, und die hinter ihnen hermarschieren muß, um ihre Autorität dem Ausland gegenüber zu verstärken. Einer so wertvollen Stütze darf man sich gerade in den Stürmen der Kriegszeit am allerwenigsten begeben. Dr. Helfferich, der in dieser Zensurdebatte des Reichstages zum erstenmal als Staatssekretär des Innern das Wort führte, ließ die freieren Gesichtspunkte vermissen, die man just von diesem aus modernem Milieu stammenden Staatsmann hätte erwarten dürfen. In Kriegszeiten, sagte er, sei es aus politischen und militärischen Gründen nun einmal notwendig, „die öffentliche Meinung zu reglementieren“. Wenn aber die Reglementierung so weit geht, daß keine selbständige öffentliche Meinung mehr übrigbleibt, dann beraubt sich die Regierung eines wichtigen Hilfsfaktors, den sie später in historischer Stunde wird anrufen müssen, wenn es aus den Kriegsanstrengungen Deutschlands einmal die Summe und den Schluß zu ziehen gilt. Wie will man sich dem Ausland gegenüber auf eine öffentliche Meinung berufen, aus der man vorher Saft und Kraft herausreglementiert hat? Es ist gewiß gut, wenn eine Regierung sich stark fühlt, stark genug, um große Ent-

scheidungen zu treffen, und stark genug, um jede Verantwortung zu tragen. Aber so stark ist in dieser Zeit, die ganz Europa in seinen politischen und sozialen Grundlagen erschüttert, keine Regierung, daß sie des lebendigen, fort-dauernden Zusammenhanges mit allen Triebkräften des Volksgestes zu entraten vermöchte. Und dieser Zusammenhang muß nicht nur bestehen, es muß auch beglaubigt sein, daß er besteht; es muß beglaubigt sein durch ein gewisses Maß freier Aussprache und freier Kritik, durch ein offen zutage liegendes Netz organischer Verbindungen zwischen Staatsmacht und Volk, zwischen öffentlicher Gewalt und öffentlicher Meinung.